



Stufen zur Einigung

Der Alliierte Kontrollrat prüft zur Zeit ausdauernd die Einigungsmöglichkeiten in der Frage einer gesamtdeutschen Währungsreform. Dem ausschließlichen Notendruck in Berlin und nicht, wie bisher gefordert, in Berlin und Leipzig, sollen die Sowjets schon zugestimmt haben. Nach dementierten, aber hartnäckig wiederholten Meldungen ausländischer Korrespondenten in Berlin finden gleichzeitig Geheimbesprechungen über alle deutschen Probleme und das Ende des Nervenkrieges statt, dessen Schwergewicht sich von Deutschland nach dem Balkan verlagert habe. Um allerdings einstweilen den Schein der alliierten Uneinigkeit zu wahren, nannte die sowjetamtliche „Tägliche Rundschau“ Frankreichs drei-Zonen-freundlichen General König (rechts) „eine klägliche Marionette der britisch-amerikanischen Vertreter im Kontrollrat“ (Clay und Robertson Mitte). König hatte mit ihnen gegen den nicht mehr ganz neuen Antrag Sokolobwskis (links) gestimmt, den Punkt „Entmilitarisierung“ noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen. Pierre König revanchierte sich, indem er die „Tägliche Rundschau“ und „Neues Deutschland“, das ganz zufällig denselben Angriff aufgriff, in seinem Berliner Sektor beschlagnahmen ließ.

DEUTSCHLAND

Das monozonale Gegenstück

Befehle durch „Wiko“

Karlshorsts Antwort auf die jüngste anglo-amerikanische Aufforderung, sich an einer vierzonalen Neuordnung der Wirtschaft zu beteiligen, trug die Unterschrift Wassilij Danilowitsch Sokolowskis und die des bislang unbekanntenen Generalleutnants Lukjantschenko. Das Schriftstück ging nicht nach Frankfurt, sondern nach Berlin-Weißensee. Zum Sowjetischen Nachrichtenbüro. Darüber stand „Befehl Nr. 32, Zusammensetzung und Vollmachten der deutschen Wirtschaftskommission“.

Das monozonale Gegenstück zum bizonalen Wirtschaftsrat besteht schon seit Juni 1947. Damals sollte der Egoismus der fünf partikularistisch nebeneinander stehenden deutschen Länder, die vom Sowjetstern beschienen sind, gebrochen werden.

Die Zentralverwaltungen als oberste Behörden und Mittler zwischen SMA und Landesregierungen waren gegen die landesherrlichen Parlamentsbeschlüsse ohnmächtig gewesen. Karlshorst zog daraufhin die Präsidenten der sechs mit Wirtschaftsfragen befaßten Zentralverwaltungen und die Chefs der Gewerkschaft und der Gegenseitigen Bauernhilfe in einer Wirtschaftskommission zur zentralen Steuerung der Ostzonenwirtschaft zusammen. Unter direkter Sowjet-Aufsicht, ohne parlamen-

tarische Kontrolle. Jetzt mußten die Länder parieren, aber die Zentralverwaltungen gehorchten nicht so, wie sie sollten.

Befehl 32 schafft Klarheit: Was „Wiko“ sagt, ist verbindlich für alle deutschen Organe, ohne Widerspruch. Ihre Hauptaufgabe ist die termingerechte Warenlieferung auf Reparationskonto und die Befriedigung der sowjetischen Besatzungsbedürfnisse. Die Westreparationen werden stetig dünner. Die Sowjets müssen also die eigene Zone noch schärfer einspannen.

Auch die neue Autorität ist ohne parlamentarische Kontrolle, alle Winke kommen von oben. Diese wirtschaftliche Koordinierung am sowjetischen Gängelband ist ein Fazit des Versagens. Zu oft hatte Sokolowski seinen 14 Zentralverwaltungspräsidenten vorwerfen müssen, sie arbeiteten ohne sichtbaren Erfolg.

Zwölf Verwaltungspräsidenten (bislang sechs) und auch die Länder müssen neuerdings mit Gewerkschaften und der Bauernhilfe am sowjetischen Strang ziehen. Sie alle entsenden ihre Vertreter in die Wirtschaftskommission.

Schöne Posten sind frei: ein Vorsitzender und zwei Stellvertreter. Ueber die Besetzung kursieren zwei Versionen: die eine gefestigte Wiko nur als wirtschaftliches Machtinstrument sehen, tippen auf Sachsens Wirtschaftsminister Selbmann. Oder auf Bruno Leuschner, der bisher ohne den Titel eines Vorsitzenden der schweigsame Sprecher der alten Wiko war, mit der er im Haus der Zentralverwaltungen an Berlins Leipziger Straße ein Schattendasein

führte. Oder endlich auf Josef Orlopp, der erst im vorigen Jahr die Verwaltung für Interzonen- und Außenhandel aufbaute.*)

Die zweite Version sieht — trotz Volkstagskongreß — Wiko an der Spitze des zentralisierten politischen Ostzonengefüges. Hier wird Walter Ulbricht genannt, der dritte Mann der SED, Mitgründer des Nationalkomitees, Bodenreform- und FDGB-Initiator und Verbindungsmann der SED zur Moskauer Zentrale.

Hickmann, der neue CDU-Zonen-Kaiser, vermißt die parlamentarische Kontrolle, aber LDP-Külz ist froh, daß die „Ländersauwirtschaft“ nun aufhört. Westzeitungen hatten zum Teil vergessen, daß es ja schon die alte Wiko gab, und kommentierten übertrieben ein angeblich neues Gegenstück zu Frankfurt. Andere sehen in der Wiko-Spitze den Treuhänder sowjetischen Vertrauens für die Angliederung der Zone an das Vaterland der 16 Vaterländer.

Dieser Version gibt ein „Kurier“-Bericht besondere Aspekte. Darin heißt es, der Berliner CDU-Gewaltige Georg Dertinger habe in einer internen Konferenz gesagt, man müsse die Leute bis zum Ueberdruß mit dem Wort Einheit behämmern. Durch diesen psychologischen Kniff könne man die Schockwirkung auffangen, die ein etwaiger Anschluß an die Sowjetunion auslösen würde.

*) Der Hamburger „Welt“ genügt die Vermutung ihrer Berliner Redaktion, Brandenburgs Wirtschaftsminister Heinrich Rau werde an die Wiko-Spitze treten, ihren Artikel zweiseitig „Heinrich Rau Ostzonen-Chef“ zu überschreiben.

Nicht genug verdient

Zum zweitenmal Kriegsverbrecher

Es war gerade 1 Uhr, als am letzten Montag ein kleines vertrocknetes Männchen von zwei französischen Gendarmen durch eine Seitentür in den großen Festsaal des Rastatter Schlosses geleitet wurde. Vorher hatten baumlange Spahis in weißem Burnus Spalier gestanden, als General König die Freitreppe des französischen - italienischen Barockschlosses hinaufschritt. Im Festsaal sah man ihn im Gespräch mit dem amerikanischen General Taylor, der vom Kriegsgesicht in Nürnberg als Gast nach Rastatt herübergekommen war.

Während vor rund 230 Jahren in diesem Schloß aller Glanz aufgeboten worden war, um unter den spanischen Erbfolgekrieg zwischen Oesterreich und Frankreich den Schluß-Strich zu ziehen (das war sozusagen die Einweihung des Schlosses, nachdem Louis XIV. wenige Jahre zuvor die Stadt in Trümmer gelegt hatte), ist es heute in Permanenz der Schauplatz schmuckloser Militärtribunale.

Der Montag, 16. Februar, hob sich aus der forensischen Alltagsroutine heraus: das vertrocknete Männchen war Hermann Röchling, der Eisengewaltige von der Saar, Eigentümer der „Eisen- und Stahlwerke AG“ und des „Edelstahlwerkes Röchling AG“ in Völklingen, der „Gebrüder Röchling-Werke“ in Saarbrücken und Berlin, großer Eisen- und Kohlenhandelsfirmen, Aufsichtsratsvorsitzender fast aller deutschen Industrieorganisationen und vieler Banken und Konzerne, Kali-Aktionär, Wehrwirtschaftsführer und Chef der Reichsvereinigung Eisen unter Göring und Speer — früher einer der reichsten und mächtigsten Männer Europas.

Mager und elend, aber doch ruhig saß der 76jährige in der Angeklagtenbank und diskutierte mit Monsieur Leroy, der aus Paris zu seiner Verteidigung gekommen ist. Der überreichte seinem Mandanten als erstes einen Zeitungsausschnitt mit einer Erklärung General Eisenhowers. Darin wird wiedergegeben, wie Eisenhower die amerikanische Industrie aufforderte, sich auf Kriegsproduktion umzustellen.

Maitre Leroy ist gleichzeitig Chef der Gesamtverteidigung und landete seinen ersten Coup, als Monsieur Pihier, ein Richter vom Pariser Appellationshof in rotem Talar, die Sitzung noch kaum eröffnet hatte: die Zuständigkeit des Gerichts wird angezweifelt, weil zwei Beisitzer Angehörige von Nichtsignatarmächten sind (Belgien und Polen stellten sie). Außerdem gehöre Hermann Röchling vor ein saarländisches Gericht, nachdem die neue Saarverfassung in Kraft getreten sei. Das Gericht erklärt sich für zuständig und belehrt Maitre Leroy, das saarländisch-französische Abkommen sei am Quai d'Orsay noch nicht ratifiziert.

Neben Monsieur Leroy ist auch Marine-richter Kranzbühler, der Nürnberger Verteidiger von Dönitz und Alfred Krupp, nach Rastatt engagiert worden. Denn auch Hermanns Vetter Ernst Röchling und einige seiner Generaldirektoren müssen verteidigt werden. Generaldirektor Maier verpflichtete sich Rechtsanwalt Dr. Drischel, der vor Jahresfrist um ein Haar den Erzberger-Mörder Tillessen herausgepaukt hätte.

Hermann Röchling ist nicht das erstmal als Kriegsverbrecher angeklagt. Seit Dezember 1919 führt er einen zähen Kampf mit den Franzosen, die ihn damals in Abwesenheit durch ein Kriegsgesicht in Amiens wegen Raubes und anderer Verbrechen zu zehn Jahren Zuchthaus und einer Geldstrafe von 10 Millionen Francs

verurteilten. Er war später Hauptexponent der Saaranschlußbewegung.

Als er 1933 die deutschen Eltern aufforderte, ihre Kinder nicht in die neu eingerichteten französischen Schulen zu schicken, wurde er wegen Aufreizung der Bevölkerung verfolgt, zunächst aber freigesprochen und zuletzt zu einer kleinen Geldstrafe wegen formaler Beleidigung verurteilt. Er schenkte Hitler 30 000 RM und gründete die Deutsche Front als Dachorganisation aller Parteien, die für den Saaranschluß waren.

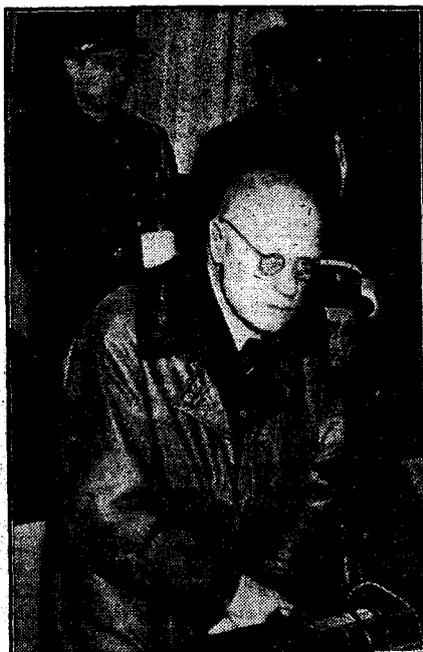
In seinem Buch „Wir halten die Saar“ schilderte er die Geschichte des Saarkampfes wie er sie sah. Seine Werke in Völklingen sind die einzigen, die während der interimistischen Saar-Autonomie 1919—35 von französischer Beteiligung frei blieben.

Im zweiten Weltkrieg, für den er wacker vorsorgte, war er dann nicht nur als Leiter

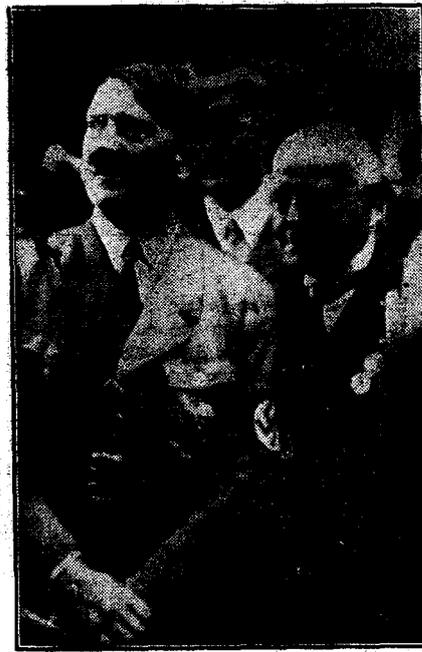
nach der französischen Anklage — bei Göring.

Sein Vetter Ernst, der als einziger Röchling-Generaldirektor kein P.g. wurde, setzte bei der Vichy-Regierung durch, daß das Defizit der gleichgeschalteten französischen Schwerindustrie unter dem Reichsbeauftragten Hermann Röchling in Höhe von 180 Millionen Francs vom französischen Schatzamt ausgeglichen wurde.

Die ersten Rastatter Verhandlungstage blieben mit der Verlesung umfangreicher Anklageschriften ohne Sensation. Die Anklage gipfelt in der Feststellung, die Triebfeder Röchlings und seiner Direktoren sei nicht die Verirrung eines übersteigerten Patriotismus oder einer bedingungslosen Hitler-Hörigkeit gewesen, sondern der Wille zu wirtschaftlicher Herrschaft über den von Deutschland unterworfenen Kontinent.



Das schwächliche Männchen
Hermann Röchling, Kriegsverbrecher



Der mächtige Mann
Hermann Röchling, Kriegs-Versprecher

der Reichsvereinigung Eisen Chef der gesamten deutschen Eisen- und Stahlrüstung, sondern auch Reichstreuhänder der gesamten lothringischen Industrie. In zahllosen Denkschriften hatte er seine Ansichten für den „A-Fall“, den kriegerischen Ernstfall, entwickelt, dessen Kommen er als Selbstverständlichkeit voraussetzte.

Nachdem er lange im Zeugenflügel des Nürnberger Militärtribunals gesessen hatte, lieferten ihn die Amerikaner nach Rastatt aus. Die Franzosen beschuldigen ihn der Verantwortung für das Schicksal vieler tausender Zwangsarbeiter und des Raubes an französischen Wirtschaftsgütern. Als P.g. nach dem Anschluß soll er Wirtschaftsspionage getrieben, die elsässischen Autonomisten protegirt, an den Hermann-Göring-Werken (zur Ausbeutung „armer Erze“) für Hitlers Rüstungs-Autarkie mitgewirkt und den Führer durch eine Denkschrift zum Einfall in die Balkanländer bestimmt haben. Schon nach dem Polenfeldzug hatte er auch polnische Hütten in Oberschlesien übernommen. In ganz Europa erspähte er jedes Objekt, an dem er seine Reichtümer vermehren konnte, und wenn seine persönliche Beute nicht hoch genug eingesetzt wurde, beschwerte er sich —

Weil ich Christ bin

Unsere Gegner sitzen links

Zweieinhalb Jahre war Hans Sabe zweiter Vorsitzender der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft bei der britischen Zonenleitung in Hamburg, ohne für einen Urlaub Zeit zu finden. Nur über Weihnachten und Neujahr konnte er ein paar Tage in Herford ausspannen. Jetzt ist er schon seit über zwei Wochen beurlaubt, und er soll auch wohl nicht wiederkommen.

Sabes Feiertagsreise war kein glücklicher Jahresabschluß. Für die Herforder Tage hatte er den Wagen der DAG benutzt. „Das war allgemein so üblich“, meint er. Als er am 2. Januar nach Hamburg zurückkam, belastete DAG-Finanzboß Krißmann die Fahrt mit 119.— RM. Sabe faßte das als persönliche Kränkung auf. Er verlangte gleiches Recht für alle und brauchte schließlich die 119.— RM auch nicht zu bezahlen.

Von da an hatte er aber das Gefühl, man wolle ihn loswerden. Mit dem ersten Vorsitzenden Wilhelm Dörr war er gut befreundet gewesen. Noch am 5. Dezember hatte der DAG-Chef am Grabe von Frau Sabe gesprochen. Im Januar warnte